

GEW KV Osnabrück-Stadt – August-Bebel-Platz 1 – 49074 Osnabrück

Offener Brief an die
neu gewählten Ratsmitglieder
Stadtrat Osnabrück

Sprechzeiten:
dienstags
15.00 bis 17.00 Uhr
(Nicht während der Ferien!)

Osnabrück, 05. 10. 2011

Für eine gerechte und zukunftsfähige Schulpolitik in Osnabrück

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihre Arbeit im neu gewählten Rat wünschen wir Ihnen alles Gute und hoffen, dass Sie bei Ihren Entscheidungen das Wohl und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verantwortlich vertreten, insbesondere auch die der sozial Benachteiligten.

Der bereits durch Befragungen der Eltern festgestellte Wunsch nach einer weiteren Integrierten Gesamtschule und die durch bundesweite Umfragen erhobene Forderung¹ nach einem längeren gemeinsamen Lernen sowie die durch die UN-Menschenrechtskonvention eingeforderte inklusive Bildung sollten die Grundlage für die anstehenden Entscheidungen über die zukünftige Struktur der Schullandschaft in Osnabrück sein.

Wir lehnen mit Nachdruck die Einführung von Oberschulen ab, die sich in der Praxis lediglich zu einer neuen GESAMT-HAUPTSCHULE entwickeln und somit den Willen der Eltern nach einer gemeinsamen Schule verfälschen werden. Es ist zudem zu befürchten, dass sich Oberschulen in Osnabrück – ohne eigene Oberstufe - zum Sammelbecken für alle Hauptschüler/innen unserer Stadt entwickeln werden. Die Bezeichnung „Oberschule“ halten wir deshalb für einen Euphemismus, solange Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Förderschulen daneben weiter bestehen und inklusive Bildung nicht endlich einbezogen wird. Die nach Auflösung der Orientierungsstufe nachzuweisende eklatante Abschlussumisere wird sich in Zukunft noch verschärfen.

Bei seiner Ansprache anlässlich der Hochschultage für berufliche Bildung im März d.J. hat Kultusminister Dr. Althusmann mit recht die verwirrende Vielzahl der Schulformen im SEK I-Bereich in

¹ Die Forderung nach weiteren Integrierten Gesamtschulen wird auch durch die von der Bertelsmannstiftung im Frühjahr in Niedersachsen erfolgte Umfrage deutlich. Danach fordern 72% der Befragten ein längeres gemeinsames Lernen aller Schüler.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreisverband Osnabrück-Stadt

Deutschland kritisiert. Es ist deshalb nicht nachzuvollziehen, dass nun Niedersachsen diese Vielzahl selbst erweitert und damit die Eltern bei der Schulwahl zusätzlich verunsichert. Osnabrück muss sich hier entschieden entziehen: wir benötigen keine weitere Schulform die knappe finanzielle Ressourcen fehllieitet.

Die Schulpolitik anderer Städte und Gemeinden, z.B. Oldenburg, macht auch deutlich, dass die Einrichtung mehrerer Integrierter Gesamtschulen zeitgleich erfolgen kann. Es gibt keinen stichhaltigen Grund, dass nach der Einrichtung der IGS in Eversburg Osnabrück nicht fähig sein soll, weitere IG-Schulen einzurichten.

Wir fordern Sie deshalb auf, bei Ihren Bündnis- bzw. Koalitionsverhandlungen und Ihrer zukünftigen Arbeit im Stadtrat mit Nachdruck die Einrichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen einschließlich inklusiver Bildung zu vereinbaren und in politische Entscheidungen umzusetzen. Die zukünftige Schulstruktur darf kein Kind außen vor lassen. Das "Schubladdendenken" und die ungerechte Selektion von Kindern muss nun endlich überwunden werden. Stellen Sie sich Ihrer Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder.

Mit kollegialen Grüßen
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Osnabrück-Stadt



Henrik Peitsch



Kristel Sauder

(Für den Vorstand)



Netzwerk

Lehren und Lernen in heterogenen Gruppen

<http://www.netzwerk-heterogenitaet.de/>



<http://schule.dgb.de>

**Wir bilden die Zukunft -
Wer, wenn nicht wir?**